

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

per Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

2. Juli 2024

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns den Entwurf in rubrizierter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und nehmen diese gerne wahr.

Das Institut für Föderalismus (IFF) leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung, Pflege und den Erhalt des bestehenden Know-how auf allen Staatsebenen. Die eidgenössischen Räte haben mit der Überweisung der Motion 19.3008 die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine adäquate Bundesfinanzierung in Auftrag gegeben.

Aus Sicht des Regierungsrates ist eine Bundesfinanzierung insbesondere für das Internationale Zentrum des IFF notwendig und sachgerecht. Das IFF erfüllt in diesem Bereich Aufgaben im Interesse und Zuständigkeitsbereich des Bundes, da die internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich der Förderung der Demokratie, primär Sache des Bundes ist (vgl. Art. 54 BV).

Aktuell müssen externe Dienstleister mit Leistungen mandatiert werden, die das Internationale Zentrum des IFF in hoher Qualität erbringen kann. Mit einer kontinuierlichen Bundesfinanzierung ist somit nicht unbedingt mit Mehrkosten zu rechnen, da auf den Miteinbezug externer Dienstleister verzichtet werden könnte.

Die Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der überwiesenen Motion 19.3008 sieht ein eigenes Bundesgesetz vor, das die Bundesfinanzhilfen für die internationale Föderalismusförderung (Art. 2 Abs. 1 Bst. a) und die Förderung des inländischen Föderalismus (Art. 2 Abs. 1 Bst. b und c) auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage stellen soll. Der Regierungsrat unterstützt die Prüfung, ob die benötigte Rechtsgrundlage für die Bundesfinanzierung des Internationalen Zentrums über eine gezielte Ergänzung eines bestehenden Gesetzes geschaffen werden könnte.

Im Weiteren befürwortet der Regierungsrat eine klar geregelte, kontinuierliche finanzielle Unterstützung des Bundes für das IFF bzw. dessen internationales Zentrum. Sollten sich Alternativen zum vom Bundesrat vorgeschlagenen Weg über ein Spezialgesetz anbieten, so sind diese zu prüfen.

Abschliessend danken wir Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber